

SEESTADT BREMERHAVEN



Inklusionsbeirat Bremerhaven 4. Sitzung am 16.02.2016

Protokoll
Teilnehmerlisten



**Magistrat der Stadt Bremerhaven
Amt für Menschen mit Behinderung
E-Mail: amtfuermenschenmitbehinderung@magistrat.bremerhaven.de**



Sitzung	des Inklusionsbeirats Bremerhaven
Datum Zeit	Donnerstag, 16.02.2016, 16.30 Uhr – 19.00 Uhr
Ort	Betreuungs- und Erholungswerk e. V. Treffpunkt Haus am Blink Adolf-Butenandt-Str. 7, 27580 Bremerhaven
Raum	Sitzungssaal im Erdgeschoss

Protokoll

Top	Thema	Bemerkung
1	<p>Begrüßung und Eröffnung der Sitzung</p> <p>Frau Schwarz-Grote begrüßt alle Anwesenden (siehe Anwesenheitslisten) und eröffnet die Sitzung.</p>	Frau Schwarz-Grote
2	<p>Vorstellung der Tagesordnung und Genehmigung</p> <p>Frau Schwarz-Grote weist darauf hin, dass zu TOP 6 („Anträge“) von Herrn Stadtrat Parpart ein Antrag zu dem Thema „Modellprojekt Psychiatrie“ vorliegt. Sie empfiehlt, diesen Antrag unter Punkt 6 zu behandeln. Hiergegen gibt es keine Einwände.</p>	Frau Schwarz-Grote
3	<p>Vorstellung und Genehmigung Protokoll 17.11.2015</p> <p>Frau Schwarz-Grote weist darauf hin, dass sich im Protokoll unter TOP 8 ein Fehler eingeschlichen hat. Bei der Aufstellung der nächsten Termine des IBB muss der 11.11.2016 durch den 08.11.2016 ersetzt werden.</p> <p>Im Übrigen wird das Protokoll einstimmig genehmigt.</p>	Vorstand
4	<p>Themenschwerpunkt – Bauen und Wohnen – aus dem Teilhabeplan Bremerhaven</p> <p>Zum Themenschwerpunkt „Bauen und Wohnen“ in Verbindung mit der Inklusion von Menschen mit Behinderung gibt Herr Lückehe einen Einblick in</p>	<p>Referenten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Herr Lückehe, Geschäftsführer Stäwog - Frau Dr. Ehbauer, Baudezernentin

die Bremerhavener Aktivitäten zur „Schaffung behinderungs- und altersgerechten Wohnraums unter Berücksichtigung des fortschreitenden demografischen Wandels und der durchschnittlich immer älter werdenden Bevölkerung“. Dabei stellt er die von der Stäwog in den vergangenen Jahren verfolgten Strategien und durchgeführten Maßnahmen vor.

Unter Berücksichtigung des demografischen Wandels und der damit seit ca. 1970 erfolgten negativen Bevölkerungsentwicklung seien unterschiedliche Aspekte zu berücksichtigen. Neben der Erkenntnis „Wir werden weniger, älter und auch ärmer!“ bestehe der überwiegende Wunsch der älteren Bevölkerung, solange wie möglich in der eigenen Wohnung zu verbleiben. Dieser Wunsch gehe konform mit der kaum lösbaren Problematik, dass künftig Alte und Pflegebedürftige, insbesondere der geburtenstarken Jahrgänge, nicht wie bisher in Alters- und Pflegeheimen untergebracht werden können. Die erforderlichen Kapazitäten seien schlicht nicht bereitstellbar.

Die Stäwog verfolge daher die Strategie, im Rahmen von Sanierungen immer mehr altersgerechte Wohnungen zur Verfügung zu stellen (Schillerstr. 129 – 135, Wittekindstr. 4 – 8, Düppelstr. 5 – 9, Schleusenstr. 33, Goethestr. 43 u. a.). Des Weiteren würden neben der altersgerechten Sanierung auch Strategien zur Umsetzung von Mieterbegegnungsprojekten/ Wohnprojekten oder auch ein Projekt speziell für Demenzkranke verfolgt.

Frau Dr. Ehbauer weist eingangs auf die in Bremerhaven bereits erfolgreich erfolgten Maßnahmen zum Abbau von Barrieren hin, wie z. B. der wahrscheinlich breiteste Zebrastreifen der BRD am Bremerhavener Hauptbahnhof. Dabei macht sie deutlich, dass entsprechende Maßnahmen nicht nur auf die Belange von Menschen mit Behinderung zugeschnitten seien, sondern auch z. B. ältere oder kurzfristig Erkrankte in den Genuss des Abbaus von Barrieren kämen. Insofern gingen die Maßnahmen der Inklusion über die Belange der Menschen mit Behinderung hinaus.

Selbstverständlich seien bereits Maßnahmen wie abgesenkte Bordsteine, taktile Zonen, barrierefreie Bushaltestellen, u. a. Darüber hinaus seien jedoch auch weitere Handlungsfelder zu prüfen. So sei aktuell der Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien beauftragt, die Bremerhavener Schulen auf Barrierefreiheit zu untersuchen. Neben der barrierefreien Zugänglichkeit, der inneren Er-

schließung und dem Vorhandensein von Warneinrichtungen stünden barrierefreie Sanitäranlagen, die Verbesserung der Hörakustik sowie als konkretes Projekt eine barrierefreie Lehrküche und ein Pflegebad in der Paula-Modersohn-Schule auf der Agenda. Bei Neubauten werde selbstverständlich grundsätzlich auf die Barrierefreiheit geachtet.

Langfristig möchte Frau Dr. Ehbauer die Stadt auch für Gäste barrierefreier gestalten. So sei z. B. künftig die Prüfung einer barrierefreien Fährverbindung oder auch der barrierefreie Ersatz der bereits entfernten Treppe an der Kennedybrücke vorgesehen.

Herr Stadtrat Parpart ergänzt diesbezüglich, dass auch seitens des Dezernats V das Ziel einer möglichst barrierefreien Stadt immer weiter vorangetrieben werde. So sei in diesem Jahr erneut der Besuch der Veranstaltung „barrierefreier Tourismus“ in Berlin vorgesehen. Denn besonders von den ostdeutschen Städten würden vielfach barrierefreie Lösungen vorgestellt mit entsprechend guten Tourismusergebnissen.

Des Weiteren weist Herr Parpart darauf hin, dass einige im Teilhabeplan vorgesehenen Maßnahmen noch nicht angeschoben worden seien. So habe der jährlich vorgesehene „Rundgang Havenwelten“ bislang ebenso wenig stattgefunden wie die Prüfung eines barrierefreien Zugangs aller öffentlichen Gebäude. In diesem Zusammenhang erinnert Herr Parpart an den Ende 2016 anstehenden Zwischenbericht an die Stadtverordnetenversammlung zum Stand der Umsetzung des Teilhabeplans.

Ergänzend trägt Frau Schwarz-Grote vor, dass die vorgesehenen Arbeitsgruppen „Denkmal-schutz“ und „Bau“ ebenfalls noch nicht gegründet worden seien.

In diesem Zusammenhang macht Frau Dr. Ehbauer am Beispiel des Rathauses Lehe deutlich, dass gerade die Vereinbarkeit von Denkmalschutz und der Barrierefreiheit schwierig zu vereinbaren sei. So seien aus diesem Grund z. B. viele Bremerhavener Kirchen nicht barrierefrei.

Darüber hinaus spricht Frau Dr. Ehbauer die aktuelle Problematik im Zusammenhang mit dem weiteren Umbau barrierefreier Bushaltestellen an. Kein Problem sei dies bei den bisher umgebauten KAP-Haltestellen. Bei den jetzt favorisierten Buchthaltestellen sei dies hingegen schwierig umzusetzen.

	<p>Dies bestätigt auch der Landesbehindertenbeauftragte <u>Herr Dr. Steinbrück</u>, der darauf hinweist, dass es umfangreiche Untersuchungen gäbe, die klar belegen, dass KAP-Haltestellen hinsichtlich einer barrierefreien Ausführung sachgerechter seien. In Bremen und in anderen Städten sei dies mittlerweile Standard.</p> <p><i>(Frau Dr. Ehbauer und Herr Wagener/Amt 66 verlassen aufgrund eines Folgetermins die Sitzung.)</i></p> <p>Die Mitglieder des Inklusionsbeirates empfehlen diesbezüglich der Stadt, auf die barrierefreieste Variante der Bushaltestellen zu setzen.</p> <p><u>Frau Wendelken</u> problematisiert darüber hinaus aus, dass die in den Landkreis fahrenden Busse oftmals nicht barrierefrei und nur mit großen Unterbrechungen im Einsatz seien.</p> <p><i>(Frau Gundermann/Amt 67 verlässt aufgrund eines Folgetermins die Sitzung.)</i></p> <p>Ebenfalls stelle sich für Frau Wendelken (Mieterin bei der Stäwog) die konkrete Problematik, dass ein Umbauerfordernis von einer Badewanne in eine Dusche schwierig sei umzusetzen. Anträge bei potentiellen Leistungsträgern seien bislang abschlägig beschieden worden.</p> <p>In diesem Zusammenhang weist <u>Herr Lückehe</u> darauf hin, dass etwaige Umbauwünsche direkt an die Stäwog, Herrn Böttcher, gerichtet werden können. Ggf. könne ein Zuschuss zu den Umbaukosten von der Kranken- oder Pflegekasse erwirkt werden. Die Restsumme könne in der Regel von der Stäwog getragen werden, würde aber ggf. eine Mietanpassung erforderlich machen. Laut Herrn Lückehe sei dies ein regelmäßig auftretender Umbauwunsch, der in der Regel umgesetzt werden könne.</p> <p><i>(Herr Lückehe verlässt die Sitzung, nachdem zu diesem TOP keine weiteren Fragen bestehen.)</i></p>	
5	Berichte	
5a	<p>Bericht aus dem Vorstand des IBB</p> <p>Frau Schwarz-Grote berichtet über die am 18.01.2016 erfolgte Vorstandssitzung des IBB.</p> <p>Des Weiteren habe am 20.01.2016 der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung getagt, allerdings mit we-</p>	Vorstand

	<p>nigen Berührungspunkten zum IBB.</p> <p>Außerdem sei die Anregung von Herrn Stadtrat Parpart aufgenommen worden, einen Flyer zu entwickeln, der Flüchtlinge auf die Anlaufstellen für Menschen mit Behinderung aufmerksam macht.</p> <p>Bei der nächsten Sitzung des IBB am 24.05.2016 werde Herr Stadtrat Frost zu dem Thema „Bildung und Schule“ in Verbindung mit der Inklusion von Menschen mit Behinderung vortragen.</p> <p>Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung tage das nächste Mal am 25.02.2016.</p>	
5b	<p>Bericht von Herrn Parpart, Stadtrat Dezernat V</p> <p>Herr Parpart berichtet über das Erfordernis eines Flyers mit den unterschiedlichen Anlaufstellen für Menschen mit Behinderung in verschiedenen Sprachen, weil viele entsprechende Angebote gerade bei nicht Deutschsprechenden nicht bekannt seien. Oftmals seien bei ausländischen Familien die Auswirkungen von Behinderungen problematisch. Daher seien Informationen per Flyer oder auch Vorträge bei diesen Personengruppen sehr wichtig.</p> <p>Auch habe sich herausgestellt, dass sich unter den Flüchtlingen vermehrt traumatisierte Behinderte befänden. Herr Parpart hält die Befassung des IBB mit dieser Problematik für sehr wichtig!</p> <p>Positiv vermelden konnte Herr Parpart, dass die im Amt für Menschen mit Behinderung angesiedelte Stelle „Inklusion im Sport – InSpo“ nunmehr kurzfristig besetzt werden könne, um den gemeinsamen Sport von Menschen mit Behinderung und nichtbehinderten Menschen voranzutreiben.</p> <p>Ebenfalls werde nach wie vor die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle beim Amt für Menschen mit Behinderung verfolgt. Hier stünden die erforderlichen haushaltstechnischen Beschlussfassungen jedoch noch aus.</p> <p>Außerdem werde das Amt für Menschen mit Behinderung aufgrund Raum-/Platzbedarfes des Sozialamtes zum 01.04.2016 in die Barkhausenstraße 22 umziehen. Hier werde noch eine bessere Busanbindung angestrebt. Diesbezüglich bittet Herr Parpart die Mitglieder des IBB um Unterstützung. Gleichzeitig werde noch geprüft, ob die vor dem Gebäude befindliche Ampelanlage bereits</p>	Herr Stadtrat Parpart

	<p>barrierefrei ist.</p> <p>Des Weiteren sei ein neues Integrationsprojekt entstanden, und zwar das Projekt „AWO IT-Recycling“. Hier würden alte/verbrauchte Elektrogeräte auf der Grundlage eines Vertrages mit der EU-Kommission aufgearbeitet. Es würden u. a. Geräte über den Zoll bezogen. Beispielsweise über die Tafel hingegen könnten die aufgearbeiteten Geräte wieder weitergegeben werden.</p> <p>Abschließend weist Herr Parpart bereits an dieser Stelle darauf hin, dass das für Bremerhaven erarbeitete Modellprojekt „Psychiatrie“ zzt. gefährdet sei. Mehr hierzu sei unter dem TOP 6 zu diskutieren.</p>	
5c	<p>Bericht des Landesbehindertenbeauftragten, Dr. Steinbrück</p> <p>Herr Dr. Steinbrück berichtet von den aktuell in der Erarbeitung befindlichen zwei Gesetzen auf Bundesebene; dem Behindertengleichstellungsgesetz und des Bundesteilhabegesetz.</p> <p>Mit dem <u>Behindertengleichstellungsgesetz</u> sei die Gründung einer Bundesstelle für Barrierefreiheit verbunden. Gleichzeitig werde damit eine Aufwertung der leichten Sprache verfolgt und eine Schlichtungsstelle eingerichtet. Kritisch sei zu berichten, dass im Rahmen der Gesetzeserarbeitung eine Befristung für die Errichtung barrierefreier Zugänge von öffentlichen Gebäuden zurückgenommen worden sei. Ebenfalls sei die Möglichkeit der Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche herausgenommen worden.</p> <p>Das <u>Bundesteilhabegesetz</u> hingegen beinhalte eine Neuregelung der Eingliederungshilfe. Kritisch sei hier anzumerken, dass weder ein Teilhabegeld für Schwerbehinderte noch andere einkommensunabhängige Leistungen aufgenommen wurden.</p> <p>Ebenfalls befinde sich das <u>Radio-Bremen-Gesetz</u> in der Überarbeitung. Diesbezüglich bestehe die Forderung Herrn Dr. Steinbrücks nach einer barrierefreien Gestaltung des Angebots. Im Rundfunkrat solle nach Auffassung Herrn Dr. Steinbrücks ein Vertreter der Menschen mit Behinderung installiert werden. Außerdem solle darauf geachtet werden, dass unter Berücksichtigung der Rundfunkfreiheit mehr über die Belange von schwerbehinderten Menschen berichtet werde.</p> <p>Auch das <u>Hochschulgesetz</u> befinde sich in der Überarbeitung. Hier gäbe es seitens Herr Dr.</p>	Herr Dr. Steinbrück

	<p>Steinbrücks die Forderung nach der Einrichtung eines Behindertenbeauftragten bei den Hochschulen.</p> <p>Des Weiteren richtet Herr Dr. Steinbrück einen Appell an alle Gremien verbunden mit der Forderung, künftig gerade die bestehenden Probleme bei der Vereinbarkeit von Barrierefreiheit und dem Denkmalschutz zu überdenken und diese beiden besonderen Rechtsansprüche miteinander zu vereinen. Denn oftmals gingen die denkmal-schutzmäßigen Vorgaben zu weit. So gäbe es beispielsweise regelmäßig Probleme bei der Errichtung von Rampen oder Fahrstühlen zur Überbrückung von Treppenstufen an denkmalgeschützten Gebäuden. Niemand hingegen störe sich aber daran, dass in alten Schlössern, Burgen oder Kirchen elektrischer Strom verbaut oder Lautsprecheranlagen eingerichtet sind. Diese Feststellung stehe sicherlich für sich und solle zum Nachdenken anregen.</p> <p>Außerdem gäbe es im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik die öffentliche Forderung nach der Absenkung von Standards beim Wohnungsbau, um auf einfacherem Wege zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Hier gäbe es seinerseits jedoch die Forderung, bezüglich der Anforderungen an Barrierefreiheit keine Abstriche vorzunehmen.</p> <p>Abschließend weist Herr Dr. Steinbrück darauf hin, dass der Landesteilhabende Beirat beschlossen habe, nicht ausschließlich in den Räumen der Bremischen Bürgerschaft zu tagen, sondern regelmäßig auch andere Sitzungsorte zu nutzen. So sei am 30.11.2016 eine Tagung in Bremerhaven vorgesehen. In diesem Rahmen bestehe die Möglichkeit u. a. für den IBB oder auch für andere Institutionen, sich im Rahmen der Sitzung zu präsentieren.</p>	
5d	<p>Bericht aus dem Landesteilhaberrat</p> <p>Frau Gerlach ist nicht anwesend.</p>	Frau Gerlach
5e	<p>Bericht des kommunalen Behindertenbeauftragten</p> <p>Herr Müller berichtet u. a. von den Abstimmungen zum Verkehrsentwicklungsplan. Hier sei in die Präambel der Hinweis aufgenommen worden „Die Mobilität für Menschen mit Behinderung steht im Vordergrund.“</p> <p>Des Weiteren berichtet Herr Müller von seinem Alltagsgeschäft. Durchschnittlich würde jeden Tag</p>	Herr Müller

	<p>ein neuer Problemfall von Menschen mit Behinderung gemeldet werden. So gäbe es regelmäßig Probleme mit der Nutzungsmöglichkeit von Behindertentoiletten sowie mit der Vereinbarkeit von Barrierefreiheit und dem Denkmalschutz.</p> <p>Informationsveranstaltungen fänden regelmäßig statt. So habe erst kürzlich eine Veranstaltung bei dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien stattgefunden. Hier wurde insbesondere die Umsetzung der Barrierefreiheit bei Neubauten und bei Bestandsbauten diskutiert. Künftig werde auch von dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien ein Vertreter in den IBB entsandt.</p> <p>Ebenfalls sei der barrierefreie Brandschutz nur schwierig umsetzbar. So sei bislang noch nicht die Frage geklärt, wer die Kosten für einen jeweiligen Escape-Chair zu übernehmen habe. Hier werde an einer Lösung gearbeitet.</p> <p>Initiiert von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport werde eine Fachtagung vorbereitet zu der Thematik „ Migration und Behinderung“. Diesbezüglich sei die Beteiligung von Bremerhaven gewünscht.</p> <p>Ebenfalls weist Herr Müller darauf hin, dass sich der Senat zzt. mit der Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Verkehrsraums befasse. Eine gleichlautende Richtlinie sei auch für Bremerhaven geplant.</p> <p>Herr Parpart weist ergänzend auf die im Bundes- teilhabegesetz enthaltenen positiven Aspekte und besonderen Rechte von Behinderten hin. Er appelliert an den IBB, über die künftigen Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes eine Veranstaltung zu initiieren.</p> <p><i>(Frau Kürschner-Busch verlässt die Sitzung.)</i></p> <p>Abschließend erwähnt Herr Müller ein bei der im vergangenen Jahr besuchten Info-Messe in Berlin vorgestelltes herausgehobenes Beispiel: ein barrierefreier Baumgipfelpfad. Dabei handele es sich um ein anschauliches Beispiel zur Beantwortung der Frage, was im Rahmen der Umsetzung von Barrierefreiheit alles möglich ist.</p>	
6	<p>Anträge</p> <p>Wie bereits unter TOP 2 erwähnt, liegt von Herrn Stadtrat Parpart ein Antrag zu dem <u>Modellprojekt Psychiatrie</u> vor. Herr Parpart führt aus, dass es sich dabei um ein für Bremerhaven geplantes Modellprojekt handele, nachdem eine stärkere</p>	

	<p>ambulante Versorgung im Bereich der Psychiatrie erfolgen solle. Dieses Leuchtturmprojekt sei eine große Chance, einen wichtigen Schritt für die Weiterentwicklung der Psychiatrie zu erreichen. Die Durchführung des Projektes in Bremerhaven sei jedoch aus finanziellen Gründen, insbesondere auf Druck einer bestimmten Krankenkasse, gefährdet. Hier gelte es Lösungsansätze zu finden, um das wichtige Modellprojekt dennoch zu ermöglichen.</p> <p>Herr Parpart schlägt ein gemeinsames Treffen zur konkreteren Besprechung des Problems vor.</p> <p>Frau Janssen moniert, dass es ihr als Blinde nicht möglich sei, den erst kurzfristig eingereichten Antrag zu lesen. Insofern sei es unglücklich, dass nun spontan über den Antrag entschieden werden solle.</p> <p>Mit dem Einverständnis von Frau Janssen liest Herr Parpart den Antrag laut vor. Der Inklusionsbeirat spricht sich anschließend einstimmig für die Weiterverfolgung und Umsetzung des Modellprojektes in Bremerhaven aus und fordert Politik und Verwaltung auf, entsprechend einzuwirken.</p>	
7	<p>Verschiedenes</p> <p>Herr Stadtrat Parpart regt an, künftig zu den Sitzungen des IBB im Vorwege Beschlussvorschläge zu den auf der Tagesordnung stehenden Themen zu erarbeiten.</p>	Frau Schwarz-Grote
	<p>gez. Heima-Schwarz Grote</p> <p>gez. Lars Müller</p>	

Ende: 19 Uhr

Anlagen :

- Antrag Modellprojekt Psychiatrie

Inklusionsbeirat 16.02.2016

Modellprojekt Psychiatrie

Beschlussvorschlag:

Der Inklusionsbeirat Bremerhaven (IBB) begrüßt die Umsetzung des Psychiatrie-Modellprojektes Bremerhaven. Der Inklusionsbeirat Bremerhaven ist stark an der Weiterentwicklung der Psychiatrie in Bremerhaven interessiert. Die Psychiatrie ist weiterzuentwickeln. Das Modellvorhaben ist in § 64 b SGB V rechtlich verankert.

Ziel ist dabei eine verbesserte Patientenversorgung die auch die psychiatrische Behandlung im häuslichen Umfeld einschließen kann. Danach soll jedes Bundesland ein Modellvorhaben durchführen. Dieses Leuchtturmprojekt wäre für Bremerhaven eine Chance, einen großen Schritt für die Weiterentwicklung der Psychiatrie Bremerhaven, zu tätigen. Der Inklusionsbeirat empfiehlt daher dringend die Umsetzung des Modellprojektes.

*Ein Stimmgang
keine Gegenstimmen!*